



FEANTSA



An:

alle Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten der EU;
alle Ungarischen Botschaften in allen Mitgliedstaaten der EU;
die Ungarische Vertretung bei den Vereinten Nationen (New York und Genf);
den UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen;
den UN-Sonderberichterstatter zu extremer Armut und Menschenrechten;
die Mitglieder des Europäischen Parlaments;
die EU-Kommissare Andor (Beschäftigung, Soziales und Integration) und Reding (Justiz);
die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte;
den Menschenrechtskommissar des Europarates;
den Präsidenten des Europäischen Ausschusses für Soziale Rechte

Brüssel, 1. März 2013

Betreff: Erklärung gegen die anhaltende Verfolgung und Kriminalisierung wohnungsloser Menschen in Ungarn

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Mitglieder von FEANTSA sind beunruhigt über die Kampagne der Ungarischen Regierung, wohnungslose Menschen ohne Unterkunft zu bestrafen und zu inhaftieren. In den vergangenen zwei Jahren hat die Ungarische Regierung systematisch schutzlose und in extremer Armut lebende Menschen angegriffen. Nun steht sie kurz davor, die Ungarische Verfassung in einer Abstimmung am 11. März dahingehend zu verändern, dass ein perverses Gesetz in Kraft treten kann, welches die rechtliche Verurteilung von Menschen erlaubt, die auf der Straße leben.

Wir haben Ihre Aufmerksamkeit bereits Ende 2011 auf diese Thematik gelenkt. Damals verabschiedete die Ungarische Regierung ihr ursprüngliches Gesetz, welches die Inhaftierung von Menschen erlaubte, die „schuldig“ befunden wurden, zweimal innerhalb von sechs Monaten ohne Unterkunft auf der Straße übernachtet zu haben. Jetzt ist die Situation noch schlimmer. Nach anhaltendem Protest von Zivilgesell-

schaft und Menschenrechtsorganisationen in Ungarn und ganz Europa hat der Ungarische Verfassungsgerichtshof das ursprüngliche Gesetz für ungültig erklärt. Daraufhin hat sich die Ungarische Regierung in einer perversen Logik entschieden, die Verfassung entsprechend abzuändern. Diese angestrebte Verfassungsänderung verstößt eindeutig gegen den Geist der vielen internationalen Menschenrechtsverträge, welche Ungarn unterzeichnet hat, darunter die Europäische Sozialcharta, die Europäische Menschenrechtskonvention, die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, der Internationale Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, und natürlich die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

Wohnungslosigkeit ist eine inakzeptable Verletzung grundlegender Menschenrechte und der Menschenwürde und widerfährt nach wie vor Menschen in allen EU-Staaten. Sie ist einer der deutlichsten Indikatoren zunehmender Armut und sozialer Ausgrenzung. Wohnungslosigkeit hat weitreichende Folgen, sowohl für die einzelnen Betroffenen als auch für die gesamte Gesellschaft.

Verschiedene Wege können in die Wohnungslosigkeit führen. Äußere Faktoren können strukturell sein: schlechter Zugang zu angemessenem, bezahlbarem Wohnraum; Arbeitslosigkeit; unsichere Beschäftigungsverhältnisse; Diskriminierung und Stigmatisierung. Diese Faktoren werden verschärft durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise und Kürzungspolitik. Äußere Faktoren können auch institutionell sein: Entlassung aus Einrichtungen wie Gefängnisse, medizinische oder Jugend-Einrichtungen; schlecht strukturierte und verwaltete Versorgungssysteme; fehlende Koordinierung der sozialen Dienste. Häufig sind Erfahrungen wie Trennungen, Krankheit, Suchterkrankungen, Räumungen oder Gewalterfahrungen in Kombination mit äußeren Faktoren Ursache von Wohnungslosigkeit.

Viele EU-Mitgliedstaaten verfolgen erfolgreich vielfältige Ansätze zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit. Die Kriminalisierung von wohnungslosen Menschen ist kein geeigneter Ansatz. Bestrafende Maßnahmen, welche wohnungslose Menschen stigmatisieren und kriminalisieren, sind grausam, da sie gerade die Schwächsten bestrafen. Solche Maßnahmen, seien es Strafgebühren, welche mittellose Menschen nicht bezahlen können, oder Verurteilungen wegen Ordnungswidrigkeiten oder ähnlicher Vergehen, machen es noch schwerer für diese Menschen, aus Situationen extremer Armut zu entkommen. Die Menschen erfahren ein zusätzliches Stigma, hohe bürokratische Hürden und Schulden, wenn sie versuchen sich in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu re-integrieren. Kriminalisierende Maßnahmen sind zudem ineffektiv, da sie darauf abzielen, das Problem der Wohnungslosigkeit zu verdecken, anstatt es tatsächlich zu lösen.

Was kann Ungarn also tun? Unzählige Beispiele aus Europa und aller Welt zeigen, dass integrierte Strategien gegen Wohnungslosigkeit erfolgreich sind, welche echte Wohnmöglichkeiten für wohnungslose Menschen im sozialen Wohnungsbau, betreutem Wohnen oder durch geförderten Wohnraum auf dem privaten Wohnungsmarkt bereitstellen. Solche Strategien sind nicht teurer, als die Polizei und Justiz dazu zu benutzen, wohnungslosen Menschen Geldstrafen aufzudrücken oder sie zu verhaften und einzusperren. Konkrete Fortschritte im Kampf gegen Wohnungslosigkeit können im Rahmen von ambitionierten und integrierten Strategien gegen Wohnungslosigkeit gemacht werden. Das Europäische Parlament erklärte seine Unterstützung für diesen Ansatz durch die Verabschiedung einer Resolution mit großer Mehrheit im September 2011, und forderte die Institutionen der EU und die Mitgliedstaaten dazu auf, Wohnungslosigkeit durch aktive Maßnahmen zu bekämpfen.

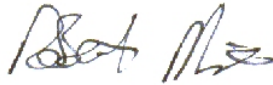
FEANTSA¹ sowie ihre Mitglieder möchten Sie bitten, uns in der Verurteilung dieses neuen Vorstoßes zur Kriminalisierung von Wohnungslosigkeit zu unterstützen, welcher das Tor zu Menschenrechtsverletzungen in der Ungarischen Verfassung öffnen würde. Wir fordern Ungarn auf, integrierte Strategien gegen Wohnungslosigkeit als einen sinnvollen und wirksamen Weg zur Beendigung dieser inakzeptablen Situation zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen,

¹ FEANTSA ist der Europäische Verband nationaler Organisationen der Wohnungslosenhilfe, als Dachverband für gemeinnützige Organisationen, welche sich für den Kampf gegen Wohnungslosigkeit in Europa einsetzen. Auf europäischer Ebene ist FEANTSA das einzige große Netzwerk, welches speziell gegen Wohnungslosigkeit arbeitet.



Rina Beers
FEANTSA President
Federatie Opvang, The Netherlands



Robert Aldridge,
CEO, SCSH,
United Kingdom



John Eriksen,
Director, Shelter for Homeless People,
Denmark



André Gachet,
Administrator, FAPIL, Technical Advisor,
ALPIL,
France



MagFh Sepp Ginner,
Chairman of BAWO, Social Worker, Lec-
turer,
Austria

Aida Karčiauskienė,
FEANTSA AC Member, Caritas Lithua-
nia



Kjell Larsson,
Sweden's National Association of City
Missions



Sonia Olea Ferreras,
FEANTSA AC Member,
Caritas Spain



Paolo Pezzana,
President, fioPSD,
Italy



Henrique Pinto,
Executive Director and Board Member of
CAIS Association, Portugal



Hannu Puttonen,
General Director, Y-Säätiö (Y-
Foundation),
Finland

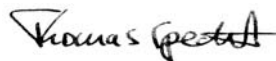


Niamh Randall,
National Research and Policy Manager
Simon Communities of Ireland

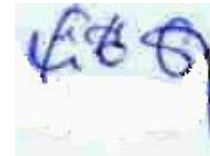


Dimitra Soulele

Dimitra Soulele, FEANTSA AC Member,
ARSIS Social Organization for the Sup-
port of Youth,
Greece



Thomas Specht,
Director,
BAGW Wohnungslosenhilfe,
Germany



Csaba Sütő,
President, HAJSZOLT, Hungary



Ian Tilling, M.B.E.
President, Casa Ioana, Romania



Jakub Wilczek,
Board Member, Towarzystwo Pomocy im.
św. Brata Alberta (St Brother Albert Aid
Society), Poland